



**EUROPEAN ASSOCIATION OF
SERVICE PROVIDERS FOR
PERSONS WITH DISABILITIES**

Pressemitteilung

Brüssel, 26. März 2020

EU unsichtbar, was die soziale Notlage durch COVID-19 betrifft

Tägliche Entwicklungen in ganz Europa zeigen, dass viele politische Entscheidungsträger, einschließlich der Europäischen Union, den Auswirkungen von COVID-19 auf die Millionen von Menschen mit Unterstützungsbedarf und gefährdeten Menschen nicht genügend Priorität einräumen. Während die Antwort der Europäischen Union in Fragen im Zusammenhang mit der Gesundheit, den Interessen der Unternehmen und der Beschäftigung recht aktiv war, war sie bei der Sicherung der sozialen Rechte von Personen mit Unterstützungsbedarf unsichtbar. EASPD fordert die Europäische Union nachdrücklich auf, eine koordinierte Reaktion zu entwickeln, um den sozialen Auswirkungen des COVID-19 entgegenzuwirken, wobei der Schwerpunkt auf den Betreuungs- und Unterstützungsbedürfnissen von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Kindern, Obdachlosen und anderen Personen mit Unterstützungsbedarf und deren Familien liegt.

Die Anbieter von sozialer Betreuung und Unterstützung - und ihre 11 Millionen Arbeitnehmer - ergreifen wichtige Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie weiterhin die grundlegendsten Betreuungs- und Unterstützungsleistungen für Millionen von Menschen mit erheblichem Unterstützungsbedarf bereitstellen können, die auf solche Dienstleistungen angewiesen sind, darunter viele Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Obdachlose und andere. Die Anbieter von Sozialdienstleistungen haben ihre Dienstleistungen schnell und bestmöglich an die aktuelle Situation angepasst – sie priorisieren bestimmte Dienstleistungen, verlagern sich schnell auf Online-Tools und sorgen für persönliche Unterstützung in den komplexesten Situationen.

Doch jeden Tag, an dem die Pandemie fortschreitet, wird EASPD darüber informiert, dass tausende Dienste geschlossen wurden oder Gefahr laufen, geschlossen zu werden, da zu viele öffentliche Behörden

die sozialen Dienstleister in dieser Krise nicht genügend berücksichtigen und derzeitige oder künftige Finanzierung stoppen oder nicht gewährleisten. Dies gefährdet nicht nur die Arbeitsplätze der Pflegefachkräfte, sondern auch das Wohlergehen der Dienstleistungsnutzer (Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Obdachlose usw.). Eine weitere wichtige Herausforderung besteht darin, dass den Fragen der Gesundheit und Sicherheit von Pflegepersonal, das aufgrund fehlender persönlicher Schutzausrüstung (PPE) unter unsicheren Bedingungen (für sich selbst und die Dienstleistungsnutzer) arbeiten muss, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. In vielen Fällen handeln die Behörden zu langsam, um auf die Entwicklungen von Sozialdienstleistern zu reagieren, die ihre Dienste ändern mussten, um auf die Bedingungen zu reagieren (z. B. durch Telepflege, Online-Therapien, Lebensmittelverteilung), obwohl sie nicht für solche Aktionen finanziert werden.

Wenn dies so weitergeht, werden die Folgen einer solchen Untätigkeit der Behörden drastisch sein, da hunderttausende Menschen ohne die nötige Pflege und Betreuung auskommen müssen, was den Druck auf die pflegenden Angehörigen und die Gesundheitssysteme (und andere öffentliche Dienstleistungen) noch erhöht. Es wird auch zum Verlust von hunderttausenden Arbeitsplätzen hochqualifizierter Pflegekräfte führen, und das zu einer Zeit, in der sie am dringendsten benötigt werden. Es kann sogar zum Tod führen, wie kürzlich in Spanien, wo mehrere ältere Menschen aufgrund schlecht funktionierender Dienstleistungen tot in ihren Pflegeheimen aufgefunden wurden.

Anschließend an diese Entwicklungen erklärt Frau Kirsi Konola, stellvertretende Vorsitzende der EASPD: *"Die politischen Entscheidungsträger müssen besonders darauf achten, den durch das Coronavirus verursachten sozialen Schaden für gefährdete Personen zu vermindern. Die Sozialdienste brauchen gezielte öffentliche Unterstützung, um sicherzustellen, dass wir die Grundbedürfnisse unserer Dienstleistungsnutzer decken können. Wir brauchen eine garantierte Finanzierung für die Bezahlung unserer Mitarbeiter. Wir brauchen die Ausrüstung, damit wir sicher arbeiten können. Allzu oft fehlt das alles! Wo steht Europa bei den sozialen Aspekten der Coronavirus-Krise?"*

Jim Crowe, Präsident der EASPD, argumentiert, dass *"die Europäische Union konkrete Maßnahmen ergreifen muss, um sicherzustellen, dass die grundlegenden sozialen Rechte erfüllt werden, mit besonderem Schwerpunkt auf den Schwächsten. Im Moment hören wir nur von der Unterstützung von Unternehmen und Arbeitsplätzen. So wichtig dies auch ist, wo ist Europa in Bezug auf die sozialen Aspekte der COVID-19-Krise? Wir brauchen eine europäische koordinierte Antwort, um den Auswirkungen des Coronavirus auf soziale Rechte entgegenzuwirken, nicht nur auf das Wirtschaftliche!"*.

EASPD fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, eine europäische koordinierte Antwort zu entwickeln, um den negativen Auswirkungen des Coronavirus auf soziale Rechte entgegenzuwirken. Dazu gehört auch eine klare Botschaft, dass die Europäische Union dringend Maßnahmen ergreifen muss, um

die soziale Fürsorge und Unterstützung für diejenigen zu gewährleisten, die sie benötigen, und die Achtung derjenigen zu gewährleisten, die sie betreuen und unterstützen (sowohl die Fachkräfte als auch die Betreuer). In praktischer Hinsicht bedeutet dies eine klare Empfehlung, dass die Mitgliedstaaten unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Anbieter von Sozialfürsorge und Unterstützung in der Lage sind, die grundlegenden sozialen Dienstleistungen zu erbringen, die erforderlich sind; durch

- Tägliche Zusammenarbeit mit Anbietern von Sozialdienstleistungen, um die sich entwickelnden Bedürfnisse und Trends zu verstehen;
- die garantierte Finanzierung der Anbieter von Sozialdienstleistungen; inklusive ihrer angepassten Modelle der Leistungserbringung, natürlich einschließlich gemeinnütziger Organisationen;
- Gewährleistung einer ausreichenden personellen Besetzung der Dienste mit Maßnahmen wie angepasste Gehälter, um ihre Fachkenntnisse und ihr Engagement unter schwierigen Umständen zu würdigen, Erleichterung der Einstellungsverfahren, Ermittlung eines Pools von Reservebetreuern, von Sozialarbeitern, Studenten und Freiwilligen usw.
- proaktive Maßnahmen, um sicherzustellen, dass alle Pflege- und Unterstützungsfachleute, die in persönlichen Kontakten arbeiten, mit der entsprechenden Schutzausrüstung (PPE) ausgestattet sind, die eine sichere Arbeit ermöglichen.

Die Europäische Kommission muss diese klare Empfehlung mit eigenen Maßnahmen unterstützen, einschließlich der Sicherstellung, dass der ESF genutzt und an die aktuellen Bedürfnisse und Arbeitsmethoden der Anbieter von Sozialdienstleistungen angepasst wird, mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, um sicherzustellen, dass die PPE den Fachleuten für Sozialfürsorge und -unterstützung dort zur Verfügung stehen, wo sie am dringendsten benötigt werden, und die Schaffung eines europäischen Notfallwissenszentrums für Sozialfürsorge und -unterstützung - zusammen mit den einschlägigen EU-Organisationen -, um den Austausch von Informationen, Fachwissen und Praktiken in ganz Europa zu gewährleisten.

Hintergrundinformationen

1. [Offener Brief von EASPD und EAN an die Europäische Kommission zur Sicherstellung, dass die EU-Antwort auf COVID-19 auf die drohende Gefahr eines Sozialfürsorge-Notstands reagiert](#)
2. [EASPD-Prioritäten für die Reaktion der EU auf COVID-19 in Bezug auf die Bedrohung der Bereitstellung von Sozialdienstleistungen](#)
3. [Kräfte bündeln! EASPD COVID-19 Support Space](#)
4. [EASPD Webinar Recording: Gewährleistung der Kontinuität der Mitarbeiter im Sozialdienst während der COVID-19-Pandemie](#)
5. [Anmeldungen für das EASPD Webinar: Anpassung der Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen während der COVID-19-Pandemie am 1. April](#)

Anmerkung für die Herausgeber

Der Europäische Dachverband der Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen ist ein gemeinnütziger europäischer Dachverband, der 1996 gegründet wurde und derzeit über 17.000 Sozial- und Gesundheitsdienste für Menschen mit Behinderungen vertritt. EASPD setzt sich für effektive und qualitativ hochwertige behinderungsbezogene Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und individualisierte Unterstützung ein, die im Einklang mit den UN CRPD-Prinzipien stehen und nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern für die Gesellschaft als Ganzes von Nutzen sein können.

Rachel Vaughan

EASPD Communications Officer

+32 2 233 77 20

rachel.vaughan@easpd.eu

www.easpd.eu



Thomas Bignal

EASPD Policy Advisor

+32 2 233 77 23

thomas.bignal@easpd.eu

www.easpd.eu



View this email in your browser

Follow us on [Facebook](#) and [Twitter](#)

Subscribe to [EASPD Newsflash](#)



This publication has been produced with the financial support of the European Union Programme for Employment and Social Innovation "EaSI" (2014-2020). The information contained in this publication does not necessarily reflect the official position of the European Commission.